

Internet und Demokratie

Mehr Demokratie durch das Netz?

Dr. Werner T. Bauer
Wien, November 2003

Inhalt

Einleitung	3
Die Agora-Metapher	4
Mehr Demokratie durch das Netz ?	4
Sind Internetnutzer politisch aktiver?	5
Die Suche nach der Nadel im digitalen Heuhaufen	6
Die Technologie als Spiegel der Gesellschaft	7
Die Digitalisierung der Politik	8
Neuer Realismus	11
Literatur	14

Einleitung

Im Jahr 1990, also vor knapp 14 Jahren, wurde am *Centre Européen pour Recherche Nucléaire* (www.cern.ch) in Genf das *World Wide Web* entwickelt – doch schon jetzt wird klar, dass das *Internet* unsere Gesellschaft verändern wird, wie kaum eine Erfindung zuvor. „Auf die medientechnische und -kulturelle Evolution wird eine gesellschaftliche und politische Revdution folgen, bei der kein Stein auf dem anderen bleiben wird“, erklärte die Medien-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages bereits 1999 in ihrem Abschlussgutachten über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Neuen Medien. „Alles wird anders, aber wir wissen nicht wie und rasen trotzdem mit Hochgeschwindigkeit durch den Nebel“, beschreibt John Perry Barlow, Mitbegründer der *Electronic Frontier Foundation* (www.eff.org), einer Organisation, die sich dem Schutz der Meinungsfreiheit im *Internet* verschrieben hat, unsere gegenwärtige Situation sehr treffend.

Schon in naher Zukunft, so Manuel Castells, Soziologieprofessor an der Universität von Berkeley, werden Computernetzwerke „der Stoff unseres Lebens sein“. Der Übergang von einer Technologie, die auf dem Einsatz billiger Energie beruht, zu einer, die vorwiegend auf dem Einsatz kostengünstiger Informationen basiert, bedeutet einen Paradigmenwechsel. Auch wenn „Information“ noch nicht *per se* „Wissen“ generiert – in einer informationsbasierten Ökonomie avanciert das Wissen zu einem „vierten Produktionsfaktor“, der darüber hinaus auch noch beliebig oft kopierbar ist (Willke, 2001). „Nicht mehr Eisen und Stahl, sondern Informationen sind die Ressourcen von heute.“

Information als „Zufuhr von Wissen“ und somit als ein Prozess, der der Beseitigung von Unkenntnis dient, wird zur Ware, und jedes Mehr an Information, das in Wissensvorsprünge umgewandelt werden kann, wird zum Mehrwert. Wissen durch Information erwächst gerade in der Informationsgesellschaft zu einem potentiellen Machtinstrument.

Via *World Wide Web* besitzen wir allorts und jederzeit einen Zugriff auf einen ständig anwachsenden und schon jetzt unüberschaubaren Bestand an Daten und Informationen; per *E-Mail* ist weltweit und zu jeder Zeit sekundenschnelle Kommunikation möglich. Als interaktive Techniken erweitern die Neuen Medien unsere Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen und soziale Netzwerke zu bilden, so dass sich neue gesellschaftliche Interessensgruppen rasch formieren können und global handlungsfähig werden. Diese neuen Organisationsentwicklungen werden auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und damit unser gesamtes politisches System in zentraler Weise betreffen.

Die sogenannte *E-Democracy* – neben dem *E-Business* und dem *E-Government* die „dritte Säule“ der postmodernen Gesellschaft – wird von vielen als eine Chance angesehen, die Demokratie in der westlichen Welt neu zu beleben. Denn die repräsentative Demokratie, wie wir sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch praktizieren, ist letztendlich auch das Resultat der noch wenig entwickelten Kommunikationsinfrastrukturen des frühen 19. Jahrhunderts – und die schöne Idee der Repräsentanz des Volkswillens (und nicht von Partikularinteressen!) durch demokratisch gewählte Vertreter, die ihr Mandat frei ausüben können, zählt, so der italienische Philosoph Norberto Bobbio (1988), zu den „sechs nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie“. Die demokratischen Systeme befinden sich derzeit in einer strukturellen Legitimitätskrise; sie werden periodisch von Skandalen erschüttert, sind in ihrem Kern abhängig von Medienberichterstattung und personalisierten Führungsformen und zunehmend von den Bürgern isoliert (Castells, 2003).

Kann also eines der größten Probleme der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – die zunehmende Entfremdung zwischen „Herrschenden“ und „Beherrschten“ oder, abstrakter ausgedrückt, die Frage nach der idealen Repräsentanz des Volkswillens – mit Hilfe des weltumspannenden Computernetzwerkes gelöst werden? Können die funktionalen Vorteile der Neuen Medien die Attraktivität von Politik erhöhen, die BürgerInnen politisch motivieren und auch mobilisieren? Lassen sich die neuen Informations- und Interaktionsmedien auch dazu nutzen, die politische Mündigkeit der BürgerInnen weiter zu entwickeln? Und entstehen

dadurch Bedingungen und Chancen für direktere Formen einer bürgerschaftlichen Beteiligung und Mitwirkung am politischen Prozess? Viele Fragen – und viele divergierende Antworten...

Die Agora-Metapher

Spricht man im Zusammenhang mit dem *Internet* von „Repräsentation“, so stößt man unweigerlich auf die „Agora“- oder „Marktplatz“-Metapher. In ihr wird die Sehnsucht vieler BürgerInnen nach einer unmittelbareren Beteiligung am demokratischen Prozess deutlich. Sogar der deutsche Innenminister Otto Schily ließ sich zu dem Wortspiel hinreißen, mit dem *Internet* entstehe eine *E-Gora* – analog zur Agora, dem Versammlungs- und Abstimmungsplatz der griechischen Stadtstaaten der Antike. Ausgehend von diesem Idealbild der antiken Demokratie, bei dem die freien Bürger der Stadt sich auf dem zentralen Marktplatz versammelten, um gemeinsam über ihre Angelegenheiten zu diskutieren und zu entscheiden, sprechen die Verkünder der *E-Demokratie* auch von „*teledemocracy, which is founded on a marketplace conception of the political world in which interest conflict and compete*“ (Gössmann, 1996).

Bei näherer Betrachtung wird man allerdings Ralf Dahrendorf (2002) zustimmen müssen, der die idealisierende Perspektive vom antiken Marktplatz schon deshalb als Unsinn abtut, weil in den ganz zu Unrecht verherrlichten antiken Stadtstaaten ein großer Teil der Bevölkerung (Unfreie und Frauen) vom demokratischen Prozess vollkommen ausgeschlossen war – weshalb die oft geschmähte repräsentative Demokratie ein gewaltiger Schritt nach vorne war. Doch vielleicht sind solche Einwände nichts anderes als kleinliche Wortklauberei, und die etwas schiefe Metapher des antiken Marktplatzes meint einfach nur dies:

1. These: Das Internet ist egalitär und unhierarchisch.

„Eine der wunderbaren Eigenschaften der Informationstechnik ist, dass virtuelle Gleichheit viel leichter erreichbar ist als wirkliche Gleichheit“, lobte *Microsoft*-Gründer Bill Gates die Entwicklungspotentiale des *Cyberspace*. Tatsächlich bietet das *Internet* einen (relativ) einfachen und (relativ) kostengünstigen Zugang zu Informationen für jeden. Gleichzeitig gibt es – im Gegensatz zu den traditionellen Massenmedien – allen TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Meinungen frei zu verbreiten, ohne um die Aufmerksamkeit eines Mediums – etwa einer Nachrichten- oder Talksendung – buhlen zu müssen.

Auch für die direkte Kommunikation bieten sich neue und faszinierende Möglichkeiten. Soziale und kulturelle Schranken (wie Status, Alter, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit etc.) spielen *a priori* keine Rolle mehr. Jeder kann theoretisch jederzeit und mit jedem von jedem beliebigen Ort (*Internet*anschluss vorausgesetzt) in Kontakt treten. Wer miteinander in Verbindung tritt, ist von vorne herein ebenso wenig festgelegt, wie die Themen, über die gesprochen wird.

2. These: Das Internet ist raum- und zeitunabhängig.

Mehr Demokratie durch das Netz?

Diese Frage formuliert die Wünsche und Ansprüche progressiver *Internet*-Aktivisten wie Howard Rheingold ebenso wie die konservativer Politiker vom Schlag eines Newt Gingrich – eine Hoffnung, die die 1981 zur Förderung und Verbreitung digitaler Kommunikationstechniken gegründete *Benton Foundation* (www.benton.org) folgendermaßen formulierte: „*The Information Superhighway provides the opportunity to enhance the public's participation in government by promoting an informed and knowledgeable populace through increased access to government information.*“ Und weiters: „*Faster, cheaper, more diverse, and more interactive communications have shown great potential to increase citizen participation in the democratic process.*“

3. These: Das Internet ist rasch und ungefiltert.

Eine direkte Verbindung zwischen „Herrschenden“ und „Beherrschten“ ist via *Internet* einfach herzustellen. Im Gegensatz zu den „*Einer-an-viele-Medien*“ (Howard Rheingold) wie z.B. Fernsehen, Radio und Zeitungen, wo es Reporter, Redakteure, Programmdirektoren etc. gibt, die eine „Torwächter-Funktion“ (*gatekeeper*) erfüllen und somit entscheiden, welche der gesammelten Informationen an die KonsumentInnen weitergegeben wird, ist das Computernetzwerk ein „*Viele-an-viele-Medium*“. Große Gruppen von Menschen könnten dadurch miteinander in Kontakt treten und Daten austauschen, und die traditionellen *gatekeeper* des demokratischen Prozesses würden überflüssig – denn bei einem „*Viele-an-viele-Medium*“ könne jeder als Publizist auftreten und gleichermaßen zum Hersteller und zum Empfänger von Informationen werden.

Auch Johannes Seiter und Rainer Sommer (2001) kommen zu dem Schluss, dass trotz der unübersehbaren Schattenseiten des neuen Mediums (wie Nazi-Propaganda oder Kinderpornographie) das *Internet* zu einem Instrument einer neuen Demokratisierung werden könnte, weil mit seiner Hilfe die Schranken überwunden würden, die der Verwirklichung der direkten Demokratie aus technisch-organisatorischen Gründen bislang im Wege standen.

4. These: Im Gegensatz zu den traditionellen Massenmedien, die die Tendenz zur Passivität verstärken, kann das Internet die Partizipation erhöhen.

Wie das *Internet* unsere Demokratie tatsächlich beeinflussen und verändern wird, ist noch unklar. Für die Optimisten wie Howard Rheingold steht allerdings fest, dass das *Internet* seinen Beitrag zum freien Informationsaustausch leisten wird, und zwar einen größeren als alle anderen Medien davor, weil es den interaktiven Austausch über soziale und kulturelle, geographische und zeitliche Grenzen hinaus erlaube. „*Ich habe die Hoffnung, dass informierte und engagierte Leute die Cyber-Gesellschaft von morgen in positiver Weise lenken werden, obwohl klar geworden ist, dass sich demokratische Resultate nicht von selbst einstellen.*“ Ein Optimismus, den offenbar auch der britische Soziologe Anthony Giddens teilt, wenn er meint, wir lebten in einer Welt des „*cleveren Bürgers*“, der endlich aus der „*Wähler-Stimmviehhaltung*“ ausbreche und seinen Anspruch auf aktive Mit- und Selbstgestaltung in alle gesellschaftlichen Bereiche hineintrage – was letztlich eine „*Demokratisierung der Demokratie*“ (*Democratising Democracy*) bewirken würde. Wesentlich sei deshalb, so Norberto Bobbio, nicht so sehr die Frage, ob es weniger „repräsentative Demokratie“ und mehr „direkte Demokratie“ gebe – zumal die Übergänge fließend seien und beide in „reiner“ Form nicht existierten –, wichtig sei vielmehr der Schritt von der Demokratisierung des Staates zur Demokratisierung der gesamten Gesellschaft, und die Metamorphose des Menschen vom Untertanen zum Bürger.

Einzuwenden wäre vielleicht, dass Demokratisierungsversuche nicht immer und notwendigerweise auch eine Demokratieverbesserung zur Folge haben – v.a. dann, wenn solchen demokratisierenden Ansätzen auch erhebliche demokratiegefährdende Potenziale inhärent sind, weshalb diese sowohl einen demokratischen Fortschritt wie auch einen Rückschritt einläuten können (Donath, 2001). Problematisch ist hierbei unter anderem der Monopolanspruch der Neuen Medien: Nur die Präsenz im Multimedia-Kommunikationssystem zählt „wirklich“; alle anderen Botschaften werden auf individuelle Vorstellungen oder marginalisierte Subkulturen reduziert. Kommunikation ist gleichbedeutend mit elektronischer Kommunikation. Das aber bedeutet das Ende der Trennung von populärer und gelehrter Kultur, von Unterhaltung und Information, so dass jede kulturelle Ausdrucksform, „*von der Allerletztsten bis zur populärsten*“, in diesem digitalen Universum zusammenkommt. Die Virtualität wird zu unserer Wirklichkeit (Castells, 2003).

Sind Internetnutzer politisch aktiver?

Internetnutzer sind politisch aktiver. Und das Netz ist ein entscheidender Faktor dafür. Das ist das Zwischenergebnis einer Studie der *TU Ilmenau*, die die Chancen für die viel zitierte „*elektronische Agora*“ untersucht hat. Gerhard Vowe und sein Mitarbeiter Martin Emmer stellten die ersten Befunde ihrer Studie auf der Jahrestagung der *Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft* vor. Ihre Erkenntnisse stützen sie auf eine

Telefonumfrage bei rund 1.200 Befragten, die Anfang des Jahres 2001 in Kassel und Erfurt durchgeführt wurde.

Die vorliegenden Ergebnisse sind nach Angaben der Forscher zumindest für Großstädte repräsentativ. Die Verteilung der Internetnutzer in der Studie entspricht in etwa dem Bild, das die erste Online-Studie von *ARD* und *ZDF* sowie der *GFK-Online-Monitor* für Deutschland ermittelt haben: 39% der Befragten gaben an, das *Internet* zu nutzen; davon waren ein Drittel Frauen. Besonders stark verbreitet ist das *Internet* in den jüngeren Altersgruppen. Vowe und Emmer gehen allerdings davon aus, dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen und zwischen den Geschlechtern mit der Zeit verschwinden werden. Ein Faktor werde jedoch weiter entscheidend sein, so Vowe: die Bildung. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss nutzen das *Internet* nach ihren Ergebnissen weit seltener als Abiturienten oder Realschüler: „*Internetnutzung ist die Folge, nicht die Ursache sozialer Ungleichheiten.*“

In einer Vielzahl von Einzelfragen wurde die politische Beteiligung der Studienteilnehmer gemessen. Dabei stellten die Forscher fest, dass sich die Internetnutzer bei nahezu allen Fragen politisch aktiver zeigten, als die Befragten ohne *Internet*-Anschluss. Besonders auffallend war die Tatsache, dass die *Internet-User* zusätzlich zum *Internet* auch die herkömmlichen Partizipationsmöglichkeiten häufiger nutzten: nur 4,7% der Nicht-Nutzer hatten schon einmal politisches Informationsmaterial bestellt, gegenüber 11,4% der Internetnutzer. Davon bestellten 6,4% das Material auf herkömmliche Weise und 4,4% über das *Internet*. 0,6% nutzten beide Möglichkeiten. Ähnliche Unterschiede wurden auch bei den anderen Fragen beobachtet. Leserbriefe etwa (sogar herkömmliche) verfassten *Online*-Nutzer wesentlich häufiger als Nicht-Nutzer.

Ist das *Internet* nun die Ursache für das stärkere politische Interesse und Engagement? Oder sind Internetnutzer bloß aktiver, weil sie im Durchschnitt über ein höheres Bildungsniveau verfügen? Martin Emmer ist sich sicher: „*Der Online-Zugang ist für die Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten nicht so entscheidend wie das allgemeine politische Interesse einer Person, aber es ist ein eigenständiger Faktor.*“

5. These: Das Internet vertieft die soziale Segmentierung.

Noch ist das Netz eine ziemlich exklusive Angelegenheit: „*Der durchschnittliche Internet-Nutzer ist zwischen 20 und 30 Jahre alt, männlich, akademisch ausgebildet, hat hauptberuflich mit Informationstechnik zu tun, studiert oder ist in der Forschung tätig. Er lebt in Nordamerika, Europa, Japan oder Australien.*“ (Gössmann, 1996). Auch wenn dieser Befund durch die rasante Verbreitung des *Internet* nicht mehr gültig ist – die Ungleichheit bleibt ein Kernproblem für die Entwicklung des *Internets* zu einem Instrument der Demokratie. Selbst die Apologeten der *E-Demokratie* sehen in der „*möglichen Spaltung der Welt in Netzalphabeten und Netzanalphabeten*“ eines der Hauptprobleme der Informationsgesellschaft (Günsberg, 1999). Denn die sinnvolle Verarbeitung der Informationsfülle setzt Medien- und Informationskompetenz voraus, sowie Informationsautonomie, d.h. die Fähigkeit, die zur Verfügung stehenden Informationsressourcen produktiv zu nutzen. „*Ein Mensch in der Informationsgesellschaft hat Chancen, ein autonomes, d.h. selbstbestimmtes Individuum zu werden, wenn er informationskompetent ist.*“ Derzeit nimmt allerdings die „*De-Synchronisierung innerhalb der Gesellschaft*“, die Kluft zwischen informationsreichen und informationsarmen, wissensnahen und wissensfernen Gruppen dramatisch zu (Steffans, 2000). „*Die Zielgerade des Information Superhighway endet geradewegs im Szenario einer Zweiklassengesellschaft; fehlende Differenzierungsfähigkeiten als Schlüsselkompetenzen beschreiben die soziale Spaltungslinie von morgen*“ (Weichert).

Die Suche nach der Nadel im digitalen Heuhaufen

Bei der explosionsartigen Zunahme des Informationsvolumens besteht für den *Internet-User* die Gefahr, die gewünschte Information gar nicht oder nur sehr schwer aus dem unüberschaubaren Informationswust herausfiltern zu können. Das Informationsproblem unserer Tage ist nicht mehr die „*Unterinformation*“, sondern „*Überinformation*“ (*data smog*), also ein

zu viel an nicht beurteilbarer Information – und damit letztlich doch Unterinformation. Authentizität, Relevanz oder gar „Wahrheit“ sind immer schwieriger zu erkennen (Kuhlen, 1999). Ein besonderes Problem stellen in diesem Zusammenhang die Daten-Müllhalden dar, für deren Entsorgung niemand zuständig ist. *„Datenrückstände und kommerzielles infotisement können die Kommunikationsleitungen im Internet verstopfen und lassen – wie im realen Leben – Müllberge von nicht mehr aktuellen und irrelevanten Informationen zurück, (...) die als wertlose Ausscheidungen der sozialen Elite nur noch den Informationsparia angeboten werden: Die sozial Schwachen werden auf die ‚Informationsmüllhalden‘ der Informationsgesellschaft verwiesen werden, wo sie dann in der dort ausgekippten ‚kostenlosen‘ Information wühlen können“* (Weichert). Die unkontrollierbare Informationsmasse verringert damit den Gebrauchswert des *Internet* bis hin zur völligen Nutzlosigkeit.

6. These: Mit zunehmender Information wächst die Desinformation.

„Information ist Wissen in Aktion“. Das bedeutet, dass ihr Wert nur im Rahmen ihrer Nutzung existiert, und dass sie eigentlich ein Mittel zum Zweck ist, heute aber immer häufiger selbst zum Zweck wird. Doch selbst der unbeschränkte Zugang zu „allen Informationen“ reicht nicht aus, um die Welt besser verstehen zu können. Jeder *User* muss diese Informationen erst für sich „relevant“ machen. Ein wesentliches Charakteristikum des *Internets* ist die bereits angesprochene Menge an Müll, ein anderes seine Beliebigkeit. Das *Internet* ist deshalb eher Grundlage der zunehmenden Halbbildung, die wesentlich gefährlicher ist, als bloßes Nichtwissen (Ribolits, 2001).

Einer der schärfsten Kritiker der Informationsgesellschaft ist der US-amerikanische Politologe Benjamin R. Barber. Die Ausbildung der menschlichen Zivilisation und des menschlichen Verstandes waren, so Barber, eben nicht von Informationen abhängig, sondern von der Fähigkeit, aus Information Sinn herzustellen, d.h. Information in Wissen zu verwandeln. Die modernen Menschen aber lebten im Glauben, dass der eigentliche Nutzen im Informationsfluss liege und dass sie eine gebildete Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie formen könnten, solange sie nur über ausreichende Daten verfügten. Das Problem moderner demokratischer Gesellschaften sei jedoch nicht der Mangel an Informationen, sondern das Übermaß von Informationen, die zu wenig Sinn bilden. Die Informationsgesellschaft stellt sich deshalb nicht als eine informierte Gesellschaft dar. Im Gegenteil: Die rasch alternenden und ständig „aktualisierten“ Informationsmengen führen zu Desinformiertheit, Desorientierung und Verunsicherung – und begünstigen somit den Boom des Irrationalen und Esoterischen. Ein typisches Beispiel dafür ist die häufige Klage vieler BürgerInnen, dass ihnen „niemand etwas sagt“ – begleitet vom Stoßseufzer, das sie ein bestimmtes Thema schon gründlich satt hätten.

Die Technologie als Spiegel der Gesellschaft

Das Netz, meint Barber wohl zu Recht, kann nicht anders verfasst sein als die Gesellschaft, die es hervorgebracht hat. Sind deren bestimmende Werte aber vor allem kommerzieller, eigennütziger, materieller und konsumistischer Natur – wie es derzeit der Fall zu sein scheint – so werden auch die Technologien vorwiegend kommerziell, eigennützig, materiell und konsumistisch sein. Bis dato wurde noch jede neue Form der Kommunikation vom kommerziellen Sektor aufgesogen. Und tatsächlich ist nach dem freien Wildwuchs der ersten Jahre bereits eine deutliche Kommerzialisierung des Netzes festzustellen; schon jetzt dominieren kommerzielle und nicht selten dubiose Inhalte.

Um den *„free flow of information“* auf der Datenautobahn gewährleisten zu können, muss eine qualitative Informationsinfrastruktur geschaffen werden, die es dem Verbraucher künftig erlaubt, zwischen *infotainment*, *infotisement* (*information + advertisement*) und „wirklichen Informationen“ unterscheiden und damit auch wählen zu können.

Wer ein Mitspracherecht an gesellschaftspolitischen Entscheidungen erhalten will, muss gezielt auswählen können, um am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess teilnehmen zu können. Selektion und Verwertung von Informationen werden in naher Zukunft somit ganz zweifellos und mehr denn je die individuellen Existenzgrundlagen bilden. Dafür

erfordert der Umgang mit der *Online*-Technik zunehmend Schlüsselkompetenzen und Fertigkeiten, die eine persönliche Auswahl der nötigen Informationen erst ermöglichen (Weichert). Die zunehmend kommerzialisierten Suchdienste entwickeln sich zu „*Zensurinstanzen für Privilegierte*“, mit deren Hilfe nur derjenige Informationen bekommen kann, der sowohl über die finanziellen Mittel als auch über das nötige Know-how verfügt, um an qualitativ hochwertige Daten zu gelangen.

Ein weiteres für die Demokratie wichtiges Merkmal der digitalen Medien ist ihre Neigung zur Vereinfachung, zu binären Dualismen, die, politisch betrachtet, mit ihren Gewinn- oder Verlust-Wahlen, ihren Ja-oder-nein-Referenden und ihren Entscheidungen zwischen zwei großen Blöcken die traditionelle repräsentative Demokratie stärken, die jedoch den Erfordernissen einer modernen, deliberativen Demokratie, die ihre Komplexität als Stärke ansieht und viel eher *Multiple-Choice*-Entscheidungen erfordert, kaum gerecht werden können.

Ein dritter Grundzug der neuen Technologien ist ihr Hang zur Zersplitterung und ihre Tendenz zur Trennung und Isolierung des Menschen. Aussprache braucht Vermittler und Moderatoren; der unregelmäßige Austausch von Vorurteilen und Phrasen lässt jedes Gespräch sehr rasch zum Gestammel oder zum Gegröle verkommen – wie der Blick auf *Internet*-Diskussions- und Meinungsforen tagtäglich zeigt. Dass diese „Kommunikation“ buchstäblich mit Lichtgeschwindigkeit stattfindet, macht die Sache nicht besser – ganz im Gegenteil: Demokratie braucht Zeit, Geduld, Überlegung und Selbstreflexion.

7. These: Das Internet ist eine in erster Linie privatisierte und individualisierte Kommunikation.

Mit dem *Internet* wurde ein Kommunikationsmedium geschaffen, dessen Inhalt durchgängig als Privatkommunikation arrangiert werden kann. Und mit der Möglichkeit zur Verschlüsselung ist eine Form politischer Kommunikation entstanden, die auch nicht mehr kontrolliert werden kann. Damit aber werden demokratische Schutzmechanismen, die für den Modus öffentlichen Redens entwickelt wurden, außer Kraft gesetzt: das Recht auf Freiheit vor (z.B. anonymer) Kommunikation nazistischer, rassistischer oder sexistischer Inhalte, das Recht auf Gegendarstellung, das Recht auf Diskriminierungsfreiheit sozialer oder ethnischer Minderheiten, die Norm öffentlicher Kritik usw. Der Preis für die Freiheit vor staatlichem Eingriff in die Privatkommunikation führt zur massiven Einschränkung historischer Errungenschaften demokratischer Öffentlichkeit (Rilling, 2001). Das Engagement im *Internet* bleibt körper- und somit auch verantwortungslos. Kurz: „*E-Partizipation*“ ist ein nicht-öffentliches Handeln (Gabriel, 2002). Demokratische Entscheidungsfindung sollte jedoch öffentlich sein, damit sie auch verantwortlich sein kann.

Die Digitalisierung der Politik

Sicherstes Anzeichen für die schrittweise „*Digitalisierung der Politik*“ ist die massive *Online*-Präsenz von Parteien, Politikern und Institutionen. Eine weitere wichtige Rolle spielen die immer zahlreicher werdenden *Online*-Auftritte von Politikern in Form von *Online-Chats*, die als digitale Fortsetzung von Bürgersprechstunden gelten können. Der logische nächste Schritt wären Internetwahlen.

Jörg Tauss, der frühere Vorsitzende des Unterausschusses für Neue Medien im deutschen Bundestag, plädierte auf einer von der SPD-nahen *Friedrich-Ebert-Stiftung* organisierten Veranstaltung („Bürgerbeteiligung in sicheren Netzen“) dafür, dass „*die Bundestagswahlen 2006 auch über das Internet abgewickelt werden können sollten*“ – denn das *Internet* schaffe hervorragende Voraussetzungen für mehr Partizipation.

Die *Enquête*-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“ des 13. Deutschen Bundestages hatte in ihrem vierten Zwischenbericht festgestellt, dass die „*Ermöglichung einer informationstechnisch sicheren Wahl neben der heutigen Urnen- und Briefwahl einen großen Beitrag zur besseren Akzeptanz leisten*“ könne. In ihrem Schlussbericht (Juni 1998) konkretisierte die Kommission ihren Vorschlag dahingehend, dass „*bei Bundestagswahlen das Angebot gemacht werden*“ sollte, „*künftig in Ergänzung zur Urnen- und Brief-*

wahl unter Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit auch per Internet zu wählen“ (www.bundestag.de).

Die große Hürde für die Durchführung von *Online*-Wahlen ist die Herausforderung, den Bürger einerseits eindeutig identifizieren zu können und ihm andererseits eine anonyme Stimmabgabe zu garantieren; d.h. es müsste sichergestellt werden, dass der Absender auch wirklich der Wähler ist, dass nur einmal gewählt wird, dass die Wahl frei und geheim bleibt, und das alles mit der Auflage leichter Verständlichkeit und einfacher Anwendbarkeit. Dabei ist natürlich auch den Möglichkeiten der Manipulation von digitalen Daten besonders Rechnung zu tragen. Hieraus ergeben sich besonders hohe Anforderungen an die Zuverlässigkeit und Effizienz von technischen Systemen und organisatorischen Abläufen, wobei sich die eindeutige Authentifizierung der einzelnen Wahlberechtigten bei gleichzeitiger Geheimhaltung der Wahlentscheidung auch technisch als nicht-trivial erweist. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass die Geheimhaltung der Wahlentscheidung dauerhaft gewährleistet ist, was bei digitalen Daten noch auf erhebliche Probleme stößt.

Eine Lösung dieses Problems will die vom Soziologieprofessor Dieter Otten ins Leben gerufene *Forschungsgruppe Internetwahlen* der *Universität Osnabrück* gefunden haben, die seit 1998 in Kooperation mit einigen Privatfirmen das *Online*-Wahlverfahren *i-vote* entwickelt (www.internetwahlen.de).

Wahlen, aber auch Abstimmungen zu aktuellen Fragen könnten z.B. so aussehen, dass die Gemeinden über *Computerterminals* mit *Internet*- oder Direktverbindung zum Zentralcomputer verfügen, gleichzeitig aber auch von zu Hause aus digital abgestimmt werden kann. Für die Sicherheit könnte z.B. ein persönlicher Identifikationscode sorgen, ähnlich der digitalen Signatur bei *E-Mails*.

Bei Wahlen und Abstimmungen war es bisher üblich, Diskussionen, Beratungen und die Weitergabe von Informationen in erster Linie über den Rundfunk und die Print-Medien abzuwickeln; der eigentliche Akt der Entscheidung fand dann in der Wahlzelle selbst statt. Durch das *Internet* wäre es erstmals möglich, die beiden Schritte dieses demokratischen Prozesses in ein Medium zusammenzulegen, „*das allseitige und egalitäre Chancen sowohl vertikaler wie horizontaler Kommunikation offen hält, wie sie selbst an öffentlichen Versammlungen niemals derart weitgehend realisierbar sind*“ (Seiter/Sommer, 2001).

Grundsätzlich – so die Befürworter der E-Wahlen – wären Abstimmungen im Wochenrhythmus, mindestens aber einmal im Monat denkbar (Ahlert, 1999), denn das Netz ermöglicht rasche und massenhafte Feedbacks, mit deren Hilfe die BürgerInnen in Zukunft direkt Einfluss auf alle öffentlichen Angelegenheiten nehmen könnten.

8. These: Das Internet ermöglicht einfache und rasche Abstimmungen (votes).

Fragt sich nur, wie viel plebiszitäre Elemente die Demokratie und wie viel an demokratischer Partizipation die Funktionalität des politischen Systems verträgt – Ralf Dahrendorf hat die Forderung nach „*uneingeschränkter Teilnahme aller BürgerInnen*“ nicht zu unrecht als „*fundamentaldemokratisches Missverständnis*“ bezeichnet. Für Bobbio ist die Hypothese, die zukünftige „*Computer-kratie*“ werde die Durchführung der direkten Demokratie erlauben, schlichtweg „*kindisch*“; darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass ein „*Übermaß an Demokratie*“ die Demokratie töten könnte.

Technische und verfahrensmäßige Probleme scheinen, so heißt es, lösbar zu sein. Allerdings häufen sich in letzter Zeit die kritischen Stimmen, die der Abstimmung vom heimischen PC aus zumindest vorläufig eine Absage erteilen. So kam ein von der amerikanischen *National Science Foundation* beauftragtes Forscherkomitee im Jahr 2001 zu dem Ergebnis, dass die für die Fernabstimmung via *Internet* benötigten Sicherheitstechniken – von Verschlüsselungslösungen bis zu biometrischen Systemen zur einwandfreien Identifikation eines Nutzers – noch lange nicht ausgereift seien (www.nsf.gov): „*E-voting requires a much greater level of security than e-commerce – it's not like buying a book over the Internet,*“ meint etwa C.D. Mote von der Universität von *Maryland*, der das Komitee leitete. „*Remote Internet voting technology will not be able to meet this standard for years to come.*“

Nach dem Debakel der letzten amerikanischen Präsidentenwahl widmete sich auch eine eingehende Studie des *Massachusetts Institute of Technology* (web.mit.edu) der Frage nach dem Potential von *Online*-Wahlen. Das ernüchternde Fazit: per Hand ausgefüllte und handgezählte Stimmzettel weisen den geringsten Fehlerquotienten auf. Befürworter von *Internet*-Wahlen bekommen hingegen einen deutlichen Dämpfer verpasst: „*Remote Internet voting poses serious security risks.*“ So etwa sei ein groß angelegter Wahlbetrug im *Internet* wesentlich einfacher durchzuführen, als die Manipulation eines traditionellen Wahlverfahrens – und durch die komplizierte elektronische Umwandlung und Verarbeitung wären solche Manipulationen wesentlich schwerer – wenn überhaupt – zu enttarnen.

Internetwahlen fehle es zudem an Transparenz. Stimmabgabe und Stimmenauszählung könnten nicht mehr durch Wahlhelfer kontrolliert werden, und der Wähler hätte letzten Endes keine Garantie, ob seine Stimme tatsächlich gewertet wurde. Als Folge davon könnte das Vertrauen der Wähler in das Wahlergebnis ebenso abnehmen, wie die Motivation, überhaupt wählen zu gehen. Das Gegenteil also vom gewünschten Effekt. Die Empfehlung der Studie lautet deshalb: „*We recommend a delay on Internet voting until suitable criteria for security are in place.*“ Mit einem Einsatz von *Online*-Wahlen sei vor dem Jahr 2010 nicht zu rechnen.

Der erstmalige Einsatz von *Internet*-Wahlen dürfte auch in Deutschland noch auf sich warten lassen. Dieter Otten hat bei den Wahlen zum Studentenparlament in Osnabrück zwar erfolgreich mit Wahlen per Mausklick experimentiert und strebt immer noch eine bundesweite Premiere für die Bundestagswahl im Jahr 2006 an. Der von Otten geplante Probegalopp bei den niedersächsischen Kommunalwahlen 2001 musste allerdings bereits entfallen, da das Land – entgegen früheren Ankündigungen – keinen Alleingang in Sachen *Online-Voting* starten wollte, bevor die vom Bundesinnenministerium eingesetzte Arbeitsgruppe „*Internetwahlen*“ nicht eine diesbezügliche Empfehlung ausgesprochen hat. Nach dem Willen der deutschen Bundesregierung sollen die BürgerInnen spätestens im Jahr 2010 ihre Stimme vom heimischen Computer aus abgeben können. Eine optimistische Sicht, denn Gabriel (2002) rechnet mit dem Verschwinden der technischen Barrieren erst in den nächsten 30 bis 50 Jahren...

Fazit: es gibt bereits eine Reihe von Pilotversuchen* (innerparteiliche Vorwahlen, Körperschaftswahlen, Wahlen zum Studentenparlament Osnabrück usw.). Die technischen Probleme scheinen – auch im großen Maßstab – durchaus lösbar. Bleibt die Frage, ob sich der Aufwand, v.a. angesichts der zu erwartenden exorbitanten Anfangskosten, überhaupt lohnt, wo die Wahlen in unseren Breiten ohnedies bereits sehr perfekt ablaufen?

Derzeit liegt das Interesse an *Internet*wahlen in Deutschland bei nur 12-15% der befragten Personen; „*E-Partizipation ist eine Sache von Minderheiten*“ (Gabriel, 2002). So z.B. wird das den Parteimitgliedern vorbehaltene *Intranet* der CDU nur von 2% ihrer Mitglieder tatsächlich genutzt. Selbst bei den Grünen haben sich die partizipativen Erwartungen bisher nicht erfüllt: Beim virtuellen Parteitag der Baden-Württembergischen Grünen im November 2000 betrug die Beteiligung nur 1,3%. Das aber bedeute, schließt Marschall (2001), dass *Onliner* zwar nicht repräsentativ seien, dafür aber überproportional stark wahrgenommen würden.

Rechtlich betrachtet stellt sich die *Online*-Wahl als „*eine Kombination von Briefwahl und Electronic-Voting*“ dar (Marschitz, 2000), da die Stimmabgabe nicht im Wahllokal und elektronisch erfolgt. Christoph Bieber (2002) beklagt allerdings, dass die E-Wahl bei der Diskussion in Deutschland vielfach nur als eine Fortführung der Briefwahl mit anderen Mitteln betrachtet würde, und dass die Frage der grundsätzlichen Legitimität bislang viel zu wenig diskutiert worden sei.

In Österreich ist die *Internet*wahl nach derzeitiger Rechtslage übrigens nicht möglich, da sie nach Meinung des Verfassungsgerichtshofes gegen den Grundsatz der geheimen und persönlichen Stimmabgabe verstößt (Vfslg.10.412 von 1985).

* Beispiele von e-Wahlen:

Die erste rechtsverbindliche Wahl, die ausschließlich über das Netz durchgeführt wurde, war die Personalratswahl im *Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik* des Landes Brandenburg in Potsdam. Ausgestattet mit eigener Signaturkarte, konnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter *online* den Personalrat bestimmen.

Auch an der *Universität Osnabrück* wurden Wahlen per Internet durchgeführt: 11.000 Studierende konnten ihr Studentenparlament und ihre Vertreter in den Universitäts-gremien per Mausklick wählen.

Weitere Online-Wahlen:

Anières (Schweiz), 19.01.2003

Art der Wahl: Volksentscheid

Ziel war es, die Wahlbeteiligung um 5-10% zu steigern. Wer elektronisch abstimmen wollte, musste auf den Wahlunterlagen ein Passwort freirubbeln. Nach der Stimmabgabe war das System gesperrt und eine zweite Wahl ausgeschlossen.

Cottbus (Deutschland), 24.02.2002

Art der Wahl: Oberbürgermeisterwahl

Mit angemieteten Wahlmaschinen.

Issy-les-Moulineaux (Frankreich), November 2002

Art der Wahl: Wahl der Vertreter der vier Gemeinden im Kreis *Issy-les-Moulineaux*

Die Internetwähler mussten sich im Zeitraum vom 1. – 25.11.02 via *Internet* zur Wahl anmelden. Die Wahl fand ausschließlich über das *Internet* statt. Siehe auch www.villes-internet.net

Brasilien, 3./29.10.2000

Art der Wahl: Kommunalwahl

Am 3.10. wurden in 5.559 Gemeinden des Landes die Bürgermeister sowie die Stadt- und Gemeinderäte gewählt; am 29.10. fand dazu eine Stichwahl statt. Die Wähler hatten unter anderem die Möglichkeit, mit modernen Wahlcomputern zu wählen. Jeder Kandidat und jede Partei hatten eine Nummer, die vom Wähler eingegeben wurde.

Neuer Realismus

In der Euphorie der ersten Jahre wurde dem *Internet* oft nachgesagt, dass es in der Lage wäre, der Demokratie neues Leben einzuhauchen und den BürgerInnen neue Beteiligungsformen zu eröffnen. Diese Erwartungen, fürchtet der Politikwissenschaftler Claus Leggewie (siehe Krempf, 2001), waren zweifelsohne zu hoch gesteckt. Seiner Ansicht nach sei die große Hoffnung auf einen qualitativen Sprung von der Zuschauer- in die Beteiligungs-demokratie ebenso übertrieben gewesen, wie die in Deutschland weitverbreitete Haltung, die unerfreulichen Randerscheinungen des *World Wide Web* – wie rechtsextreme Propaganda oder Kinderpornographie – in den Mittelpunkt aller Diskussionen zu rücken. Fazit: Die Hoffnungen waren weit übertrieben und die Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Weder wird durch das *Internet* ein „*neues athenisches Zeitalter*“ ausbrechen, noch wird an ihm die repräsentative Demokratie zugrunde gehen. Neue technische Möglichkeiten schaffen noch nicht *eo ipso* „*Lust auf Beteiligung*“, denn diese hänge nicht vom Zustand der Technik, sondern von dem des demokratischen Gemeinwesens ab (Leggewie, 2000).

Das *Internet* ist Leggewies Meinung nach auch nicht wirklich zur direkten Ausübung von Demokratie, also zum Abstimmen, geeignet: „*Man darf elektronisches Wählen nicht einfach mit Demokratie gleichsetzen. Es bestehen ernste verfassungsrechtliche Bedenken in Bezug auf die Anonymität öffentlicher Internetwahlen, vor allem aber im Hinblick auf die weit anfälligeren technische Infrastruktur des Wahlprozesses, welche die Gleichheit der Wahl in Frage stellt.*“ Weltweite Sicherheitsstandards seien auf absehbare Zeit nicht einzulösen oder aber derart kostspielig, dass eine i-Wahl in keinem Verhältnis mehr zu ihrem Ertrag stünde. Außerdem ginge der „*rituell-feierliche Charakter der Wahl*“ damit endgültig verloren. Dass das *i-voting* derart ins Zentrum der Überlegungen gerückt sei, hänge wohl in erster Linie mit

dem Markt zusammen, den sich Technologieanbieter und Verwaltungsrationalisierer in Hinblick auf *Smartcards* und digitale Signaturen versprechen. „An die Wahlurnen bringt man damit kaum jemanden.“

Vielmehr sei das *Internet* ein ideales Forum für den Prozess des Abwägens und Diskutierens im Vorfeld der politischen Entscheidungen. „Das *Internet* ist ein kleines, aber feines politisches Kommunikationsmedium, dessen Stärken weniger in ‚elektronischer Demokratie‘ (*i-vote* und so weiter) und sicher nicht im Ausbau zum Massenmedium liegen, das sich dann von Fernsehen und *yellow press* nicht mehr unterscheidet, sondern in der Herstellung von Bedingungen deliberativer Demokratie. Allseitiger Zugang ist dafür eine Grundvoraussetzung und der *Digital Divide* somit ein schweres Hindernis. Aber faktisch ist das etwas für die relativ begrenzte Zahl ‚gut informierter Bürger‘. Das wird wohl auch so bleiben, aber nicht zum Schaden der Massendemokratie, sondern zu ihrer Zivilisierung. Besser vorbereitete und breiter diskutierte Entscheidungen, daran fehlt es doch allenthalben.“ Faktisch überträgt Leggiewie die essentielle Aufgabe der Vorbereitung demokratischer Entscheidungen vorerst also einer kleinen Elite „gut informierter Bürger“. „Politische Öffentlichkeiten waren stets Angelegenheit einer Minderheit von Aktivbürgern und wurden nur unter dem Druck sozialer Bewegungen erweitert. Das technische Potential der Netze liegt bereit, um einen eventuellen Beteiligungsschub von unten zu fördern und die Repolitisierung des *Internet* einzuleiten. Geschieht dies nicht, blieben faszinierende Möglichkeiten größerer Beteiligung, intelligenter politischer Kommunikation und direkter Demokratie brach liegen“.

Allerdings hat die bisherige Technologiepolitik sich viel zu stark der Wirtschaftsförderung und Sicherheitspolitik gewidmet und das demokratische Potential des *Internet* weitgehend ignoriert. „Ich habe immer genauso vor überzogenen Hoffnungen wie vor übertriebenen Befürchtungen gewarnt und mich auf die experimentelle Erweiterung und Nutzung des Freiraums in den virtuellen und realen Netzwerken konzentriert. Ich wünschte, wir würden nur ein Zehntel von dem, was wir in Sicherheitsstandards und *i-voting* stecken, in Projekte deliberativer Demokratie investieren.“

Ganz ähnlich fällt die Beurteilung Rainer Rillings (2001) aus: „Das Netz ist kein Ort demokratischer politischer Entscheidungen, aber ein Ort der Kommunikation, ohne die Entscheidungen undemokratisch und ineffektiv sind. Natürlich braucht die Öffentlichkeit Informationen, aber es geht um Informationen, die durch Debatte geschaffen werden. Wir müssen das Netz als Raum der zweckgerichteten, nämlich entscheidungsvorbereitenden interaktiven Kommunikation zur Interessenrepräsentation nutzen.“

Die dem *Internet* zugeschriebenen Eigenschaften wie „grenzenlose Freiheit“ und „universelle Gleichheit“ evozierten jedoch „Demokratievermutungen vor allem in Richtung einer Ausweitung direkter Demokratie“, an die sich wiederum die Hoffnung auf eine Revitalisierung der modernen Demokratie knüpft. Natürlich gebe es, so Rilling weiter, „Politik im Netz“, und der politische Kampf um das Netz sei evident, doch *grosso modo* gelte: „Das Netz ist unpolitisch“, und seine Wirkungen ergeben sich, wie in anderen Phasen der kapitalistischen Entwicklung auch, eher *en passant*.

Tatsächlich bilden politische Materien im Netz nur eine kleine Nische: Der Anteil politischer *Websites* liegt in Deutschland bei weniger als einem Prozent, in den USA bei höchstens 2%, wobei die Zugriffsraten zumeist sehr bescheiden sind, und es sich bei den meisten Angeboten um politische „*top-down*-Information“, also um Propaganda oder politisches Marketing, handelt – oder, bestenfalls, um *Websites* mit Servicecharakter („bürgernahe Verwaltung“). Projekte gesellschaftlicher Organisation von Politik, die auf *bottom-up*-Meinungs- und Willensbildung zielen, sind demgegenüber deutlich in der Minderzahl.

9. These: Das Internet kann ein Medium für politische Meinungs- und Willensbildung sein. Es ist jedoch kein Ort für demokratische politische Entscheidungen.

Wir müssen das *Internet* deshalb verstärkt als Raum der zweckgerichteten, d.h. entscheidungsvorbereitenden interaktiven Kommunikation nutzen. Besser als jedes andere Medium ist es nämlich geeignet, lokale Öffentlichkeiten zu verdichten und grenzüberschreitende Arenen der Meinungsbildung herzustellen, und so kann es schließlich dazu dienen, den poli-

tischen Prozess insgesamt wieder mit größerer Legitimität auszustatten. Zugleich bietet es eine Chance für die Politik, ihre Inhalte mit neuen Mitteln darzustellen und zu vermitteln sowie ihre Prozesse transparenter zu gestalten. Direktere, interaktive Kommunikation mit den Bürgern ist ebenso einfacher möglich wie die weitaus breitere Einbeziehung externen Sachverständigen in den politischen Gestaltungsprozess. Bieber (2002) bevorzugt deshalb auch den Begriff „interaktive Demokratie“, weil dabei nicht die technischen Gegebenheiten, sondern die Charakteristika der Nutzung durch die am politischen Prozess Beteiligten im Vordergrund stünden. Das *Internet* biete v.a. den Vertretern der vielzitierten Zivilgesellschaft neue Chancen.

Die Neuen Medien werden das Verhältnis von Bürgern zu Politik und Verwaltung grundlegend verändern, denn durch sie eröffnen sich für die Bürger neue Möglichkeiten der Partizipation und Willensbekundung sowie der aktiven Teilhabe. Besonders sinnvoll erscheint eine Nutzung der Neuen Medien v.a. im kommunalen Raum. In der Sphäre seiner alltäglichen Lebenswelt verfügt der Bürger über ein gewachsenes Problembewusstsein, eine gehobene Problemlösungskompetenz und tendenziell auch über eine höhere Bereitschaft, an der politischen Gestaltung seines Lebensraums mitzuwirken. Deshalb gehört die kommunale Ebene zu jenen Bereichen, in denen eine verstärkte politische Einbindung des Bürgers erstrebenswert und am ehesten möglich ist. Matthias Donath, (2001) demonstriert am Beispiel kommunaler Informations- und Interaktionssysteme (Iul) in den USA, welche „demokratiefreundlichen“ und „demokratiefördernden“ Auswirkungen solche Gemeinde- oder Stadtnetze haben können – allgemeiner, günstiger und einfacher Zugang vorausgesetzt: Verbesserung der kommunalpolitischen Informiertheit der BürgerInnen, Förderung der Meinungs- und Willensbildung sowie der Artikulationsfähigkeit, Motivierung und Mobilisierung, kurz eine wesentliche Qualitätsverbesserung der kommunalen Demokratie. In diesem Sinn kann das *Internet* auf lokaler Ebene als ein Instrument des Übergangs von der TV-dominierten „Zuschauerdemokratie“ zur „Beteiligungsdemokratie“ (Leggewie) erprobt werden.

10. These: Das Internet bietet ein besseres Informationsmanagement und ermöglicht mehr Bürgernähe in der Verwaltung.

Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass für den Erfolg oder Misserfolg weniger technische Bedingungen als vielmehr „humane Faktoren“ ausschlaggebend sind. Partizipation hängt von der Ausstattung mit Ressourcen wie Zeit und intellektueller Kompetenz ab, die wiederum von der Sozialisation und der sozialen Integration des Individuums beeinflusst werden. Und: Partizipation bedarf der Ermutigung; dies zeigt sich sehr deutlich bei der Wahlbeteiligung, die ganz maßgeblich von Faktoren wie Wahltag und -zeit, automatischer Registrierung, Benachrichtigung usw. beeinflusst wird (Gabriel, 2002)

Die Schlussfolgerung aus diesen Überlegungen lautet demnach: Informations- und Interaktionssysteme haben per se „keine demokratiefördernde Wirkung“. Es besteht deshalb auch kein Anlass zur naiv-optimistischen Erwartung, das *Internet* könnte zu einer grundlegenden Verbesserung der Qualität unserer Demokratie führen. Allerdings muss auch vor übertriebenem Kulturpessimismus, der stets mit neuen Technologien auftaucht, gewarnt werden. Der Kommunikationswissenschaftler und frühere sozialdemokratische Abgeordnete Peter Glotz (2000) wandte sich deshalb vehement gegen die seiner Ansicht nach weitverbreitete – auch „linke“ – antitechnische, romantisierende und irrationale Kulturkritik, die Öko- und Ursprünglichkeitskitsch gegen „Videotie“ stellt. Diese selbsternannten Humanisten seien nicht selten die wahren Analphabeten des digitalen Zeitalters. Ob die informationelle Revolution, die uns *Online* und *Internet* beschert haben, „nicht früher oder später ihre Kinder frisst“ (Weichert), sich also gegen die ursprünglichen Ideen jener richtet, die so vehement für die neue Informationstechnologie als ein der Demokratisierung förderliches Medium gekämpft haben, bleibt indes noch abzuwarten.

Literatur

Christian Ahlert, *Die Zukunft der Demokratie*, Telepolis 1999, www.heise.de.

Benjamin R. Barber, *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*, Hamburg 1994 (engl. 1984).

Benjamin R. Barber, *Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierenden Welt*. In: Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), 2002, www.wissensgesellschaft.org.

Christoph Bieber, „Elektronische“ oder „Interaktive“ Demokratie? In: Kritische Justiz, Jg. 35 Heft 2/2002, pp. 180-196.

Norberto Bobbio, *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin 1988 (ital. 1984).

Manuel Castells, *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*, Opladen 2003.

Ralf Dahrendorf, *Die Krisen der Demokratie*, München 2002.

Norbert Dieste, „Schöne neue Welt“? *Die Informationsgesellschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*. In: Christian Stolorz, Reinhard Göhner (Hrsg.), *Globalisierung und Informationsgesellschaft – Herausforderungen unserer Zeit*, Münster 2000, pp. 20-35.

Matthias Donath, *Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik – Beispiele aus den USA*. Frankfurt / M., 2001.

Daniel Florian, *Internetwahlen: In weiter Ferne so nah*, www.politik-digital.de

Rainer Frey, Dirk Manthey, *Kommunikative Vernetzung und politische Steuerung. Politik und Verwaltung in der Kommunikationsrevolution*. In: Christian Stolorz, Reinhard Göhner (Hrsg.), *Globalisierung und Informationsgesellschaft – Herausforderungen unserer Zeit*, Münster 2000.

Oscar W. Gabriel, *Mehr Demokratie durch E-Partizipation?* In: Österreichische Monatshefte 03/2002, pp. 34-41.

Anthony Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt / M., 1996.

Peter Glotz, *Chancen und Gefahren der Telekratie. Der Wandel der Kommunikationskultur seit 1984*. In: Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg.), *Elektronische Medien, Gesellschaft und Demokratie*, Wien 2000, pp. 188-198.

Sven Gössmann, *Virtuelle Demokratie*, 1996, www.fu-berlin.de.

Georg Günsberg, „Elektronische Demokratie“. Die politische Dimension des Internets in der sogenannten Informationsgesellschaft. Diplomarbeit, Universität Wien, 1999.

Heinrich Höfer, *Neue Technologien verdrängen alte Politiken*. Vortrag im Rahmen des Podiums: Demokratie im 21. Jahrhundert (I) Perspektiven der Demokratie in einer technologisch ökonomischen Welt, www.demokratiegesellschaft.de.

Tadayoshi Kohno, Adam Stubblefield, Aviel D. Rubin, Dan S. Wallach, *Analysis of an Electronic Voting System*, 2003, avirubin.com/vote.pdf.

Stefan Krempl, *Die Zukunft der Online-Demokratie*. Telepolis 2001, www.heise.de.

Stefan Krempl, *Die Stärke des Internet liegt nicht in der Förderung der elektronischen Demokratie. Claus Leggewie im Telepolis-Interview über die Chancen und Risiken des Netzes für die Beteiligung der Bürger an der Politik*, 2001, www.heise.de.

Herbert Kubicek / Martin Wind, *Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl*. In: Peter Filzmaier (Hrsg.), *Internet und Demokratie*, Innsbruck 2001, pp. 107-129.

Rainer Kuhlen, Die Konsequenz von Informationsassistenten, Frankfurt / M., 1999.

Claus Leggewie, *Demokratie auf der Datenautobahn oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace?* In: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), Elektronische Medien, Gesellschaft und Demokratie, Wien 2000, pp. 208-233.

Stefan Marschall, *Parteien und Internet – Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Bonn B10/2001, pp. 38-46.

Walter Marschitz, *Die Zukunft des Wählens – Chancen und Risiken des Internet-Voting*, Österreichische Monatshefte Nr. 6/2000, pp. 32-35.

Bettina van Megern, *Die Informationsgesellschaft zwischen Netzwerkökonomie und vernetzter Gesellschaft. Perspektiven für die Gesellschaft und ihre Bedeutung für die Demokratie*, 2002, www.demokratiegesellschaft.de.

Dirk Messner, Die Netzwerkgesellschaft, Köln 1995.

Projekt e-Demokratie, www.elektronische-demokratie.de.

Sonja Puntscher Riekman, *Demokratie im Cyberspace? Über Demokratie, nationale Souveränität und Weltmarkt*. In: Johann Burger und Elisabeth Morawek (Hrsg.), Demokratie in der Krise? Zum politischen System Österreichs, Informationen zur politischen Bildung Nr. 7, 1994, pp. 15-24.

Howard Rheingold, *Die Zukunft der Demokratie und die vier Prinzipien der Computerkommunikation*. In: Bollmann, Stefan (Hrsg.): Kursbuch Neue Medien. Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. Mannheim 1995, pp. 189-197

Erich Ribolits, *Neue Medien und das Bildungsideal (politischer) Mündigkeit*. In: Peter Filzmaier (Hrsg.), Internet und Demokratie, Innsbruck 2001, pp. 155-165.

Rainer Rilling, *Auf dem Weg zur Cyberdemokratie*, Telepolis 2001, www.heise.de

Johannes Seiter / Rainer Sommer, *Das Internet – Weg in eine elektronische Demokratie?*, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien 2001, www.unet.univie.ac.at.

Dagmar Steffans, *Globalisierung und Informationsgesellschaft – aktuelle Entwicklungen gestalten*. In: Christian Stolorz, Reinhard Göhner (Hrsg.), Globalisierung und Informationsgesellschaft – Herausforderungen unserer Zeit, Münster 2000, pp 9-19.

Fiete Stegers, *'Elektronische Agora' und 'Digitale Spaltung', Empirische Untersuchung der individuellen Online-Nutzung im politischen Kontext*, politik-digital.de

Stephan Weichert, *Frisst die Informationsrevolution ihre Kinder?*, politik-digital.de

Helmut Willke, Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft, Frankfurt / M., 2001.

Thomas Zittel, *Elektronische Demokratie: ein Demokratietypus der Zukunft?* In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31. Jahrgang, 2000, pp. 903-925.